

AKTUELLES

SoVD und DGB stellen Erklärung vor

Gegen die Schuldenbremse

Elf niedersächsische Organisationen sprechen sich gegen die Pläne der Landesregierung aus, die sogenannte Schuldenbremse in der Landesverfassung zu verankern.

Mit der Gemeinsamen Erklärung „Die Schuldenbremse bremsst die Zukunft aus!“ machen sie deutlich, dass sie die Schuldenbremse nicht für das geeignete Instrument halten, den Landeshaushalt zu konsolidieren. Der SoVD in Niedersachsen und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) stellten die Erklärung stellvertretend in einem Pressegespräch vor. In der Gemeinsamen Erklärung heißt es unter anderem: „Diese Schuldenbremse wird keine Schulden bremsen. Sie bremsst die Zukunft aus. Wollte man die Schuldenbremse heute einhalten, müsste der Landeshaushalt um etwa zehn Prozent gekürzt werden.“ Die Organisationen befürchten, dass die Schuldenbremse die Hand-

lungsfähigkeit des Landes deutlich einschränkt. Außerdem sind massive Kürzungen im Landeshaushalt vor allem in den Bereichen Soziales, Infrastruktur, Bildung und Umwelt zu erwarten. Mittelfristig kann es zu einem massiven Stellenabbau kommen.

Die unterzeichnenden Organisationen appellieren deshalb an die Mitglieder des niedersächsischen Landtages, auf ein Kreditfinanzierungsverbot in der Landesverfassung zu verzichten. Eine gesetzliche Regelung reicht aus. Stattdessen sollten sie sich für eine zukunftsorientierte Steuer- und Haushaltspolitik einsetzen. Dazu gehört eine Verbesserung der Einnahmeharveste durch höhere Steuern auf Unternehmensgewinne sowie auf hohe Einkommen und Vermögen. Denn die Einnahmeausfälle durch Steuersenkungen der Jahre 2000 bis 2010 belaufen sich in Niedersachsen auf rund 15 Milliarden Euro.

Tagung zur Entwicklung der Eingliederungshilfe

Anforderungen diskutiert



Auch bei der Eingliederungshilfe muss Inklusion eine Rolle spielen.

Erstmals hat der SoVD-Landesverband Niedersachsen e.V. seine Tagung mit der Akademie Loccum auch gemeinsam mit dem Landesfachbeirat Psychiatrie veranstaltet.

Dabei stand das Thema „Inklusion bei den Eingliederungshilfen“ im Fokus. Gerade diese Thematik ist derzeit sehr aktuell, da auch die Eingliederungshilfe im Hinblick auf die UN-Behindertenrechtskonvention geändert werden muss. Die Konvention ist seit zwei Jahren geltendes Recht in Deutschland und fordert die umfassende Inklusion für Menschen mit Behinderungen. Dabei sind Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe Anspruch und Ziel einer inklusiven Gesellschaft.

Somit muss auch bei der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe, die seit einiger Zeit in der Arbeits- und Sozialministerkonferenz diskutiert wird, die UN-Konvention be-

rücksichtigt werden. Während der Tagung diskutierten die Teilnehmenden in Arbeitsgruppen und bei Vorträgen die Anforderungen an die Eingliederungshilfe. Dabei wurde deutlich, dass Inklusion eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge müssen Kommunen für alle Bürger – also auch für behinderte und besonders für seelisch behinderte Menschen aktiv werden. So wurden eine qualifizierte Erstberatung und Hilfestellungen bei der Inanspruchnahme von gesetzlichen Leistungen gefordert.

Bei den Diskussionen wurden aber auch die Probleme deutlich, die mit einer ambulanten Pflege verbunden sind. Denn damit sie ambulante Hilfe in Anspruch nehmen können, müssen Menschen mit Behinderungen mobil sein – das ist allerdings heutzutage im ländlichen Raum nicht immer gewährleistet.

Arbeitstreffen der SoVD-Frauen

Pflegende Angehörige



Viele Teilnehmerinnen kamen zum Arbeitstreffen.

Viele Frauen folgten der Einladung zum diesjährigen netzwerkübergreifenden Frauenfrühstück im Begegnungszentrum Gliersmarode.

Nach der Begrüßung durch die SoVD-Landesfrauensprecherin Elisabeth Wohler wies Edda Schliepack (SoVD-Bundesfrauensprecherin) auf das neue Angebot – den Gesprächskreis für pflegende Angehörige und Demenzzranke im Begegnungszentrum hin (Die Auftaktveranstaltung dazu findet am 23. Juni 2011 um 15 Uhr in Kooperation mit der gerontopsychiatrischen Beratungsstelle „Ambet“ statt). Die Leiterin dieser Beratungsstelle, Gertrud Terhürne, gab in ihrem anschließenden Vortrag Beispiele für die alltäglichen Schwierigkei-

ten im Umgang mit Demenzzranke. Oftmals sei die Situation der Erkrankten für die Angehörigen schwer nachzuvollziehen, außerdem gebe es in vielen Fällen familiäre Konflikte. Gesprächskreise für die Betroffenen ermöglichen Terhürne zufolge einen entsprechenden Austausch. Deshalb plädierte sie bei der SoVD-Veranstaltung dafür, die Versorgungsstrukturen in Braunschweig weiter auszubauen.

Darum wird ab Juni jeden zweiten Donnerstag im Monat von 15 bis 17 Uhr ein Gesprächskreis im Begegnungszentrum Gliersmarode stattfinden. Interessierte können sich diesbezüglich an Ruth Herok wenden (Tel.: 0531/3714 47, E-Mail: BZ-gliersmarode@t-online.de).



KREISVERBÄNDE

Beratungszentren öffnen Türen
Seite 2 und 3

AKTUELLES

Alfeld: Beratung im neuen Büro
Seite 4

AKTUELLES

Frauentag im Kreisverband Emsland
Seite 4



Christian Hoffmann und Edda Schliepack vom SoVD mit Hartmut Tölle vom DGB (v.l.n.r.) bei der Pressekonferenz.

Meinungsaustausch mit Sozialministerin

Enttäuschende Bilanz

Ihren Besuch in Hambühren (Landkreis Celle) nutzte Aygül Özkan, niedersächsische Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, für einen Meinungsaustausch mit der SoVD-Landesfrauensprecherin Elisabeth Wohler.

Im Mittelpunkt standen dabei Themen wie etwa die verlässliche Finanzierung der Frauenhäuser, die die niedersächsische Landesregierung noch nicht auf den Weg gebracht hat. Zudem sprach Wohler unter anderem die Zukunft der Mehrgenerationenhäuser sowie das neue Heimgesetz an. Insgesamt bescheinigt der SoVD-Landesverband Nie-

dersachsen e.V. eine eher enttäuschende Bilanz nach zwölf Monaten Amtszeit. „Die Ministerin steht nach zwölf Monaten im Amt weitgehend ohne Erfolge dar. Sie ist zwar offen für Gespräche mit vielen Verbänden und Bevölkerungsgruppen, aber die Resultate für ein sozialeres Niedersachsen fallen sehr bescheiden aus“, sagte SoVD-Landesvorsitzender Adolf Bauer. Wichtig sei unter anderem das Landesgleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderung. Denn: Das Ministerium hat den im Gesetz niedergelegten Termin am 31. Dezember 2010 zur Überprüfung verstreichen lassen.



Aygül Özkan (links) und Elisabeth Wohler.



Adolf Bauer

Liebe SoVD-Mitglieder,

unter dem Stichwort Inklusion können sich viele Menschen noch immer wenig vorstellen. Kurz gesagt soll die Inklusion schon Kindern mit Behinderungen ermöglichen, ganz selbstverständlicher Teil der Gesellschaft zu sein – angefangen in Kindergärten und Schulen, später im Beruf und in der Arbeitswelt. Staat und Politik haben seit mehreren Jahren die Aufgabe, dies in die Tat umzusetzen, vor allem auch im Bereich der inklusiven Bildung. Doch leider zeigt sich Niedersachsen hierbei besonders unbeweglich. Der SoVD nimmt dies zum Anlass, der Politik auf den Zahn zu fühlen, um endlich Verbesserungen für alle zu schaffen, die körperlich oder geistig beeinträchtigt sind. Im Juni werden wir darum mit einer Pressekonferenz im Landtag deutlich auf die Versäumnisse hinweisen – damit in Zukunft immer mehr Menschen erfahren, wie vollständige Teilhabe aller Menschen aussehen kann und muss.

Ihr Adolf Bauer